

330 Millionen für gar nichts

erstellt 24.09.05, 07:00h

Die Software, die das Unternehmen für deutsche Finanzämter entwickeln sollte, wurde nie fertig.

VON THOMAS AGTHE

Bonn - Die Bonner Fiscus GmbH wird abgewickelt, den Schaden haben die Steuerzahler. Das Unternehmen sollte eigentlich eine einheitliche Software für die Finanzämter aller Bundesländer entwickeln. Fertig wurde diese Software jedoch nie. Nach einem Beschluss der Länderfinanzminister wird das Projekt nun beerdigt. Die Steuerzahler hat das erfolglose Vorhaben mindestens 330 Millionen Euro gekostet. Wie aus dem Rechnungshof verlautet, fallen für das laufende Jahr noch mindestens zehn Millionen Euro Kosten zusätzlich an.

Viele Schwachstellen

Erste Warnungen seitens der Bonner Rechnungsprüfer hatte es bereits in den Jahren 1993 und 1998 gegeben. Auch wurde 1997 der Bundesfinanzminister auf Schwachstellen der Fiscus-Organisation und der Arbeitsstrukturen aufmerksam gemacht.

Ursprünglich hatten sich die Länderfinanzminister und der Bundesfinanzminister darauf verständigt, dass die unter dem Namen Fiscus entwickelte einheitliche Besteuerungssoftware, an der seit 1992 gearbeitet wurde, im Jahr 2006 flächendeckend zur Anwendung kommen sollte. In seinen Prüfungsbemerkungen des Jahres 2000 kam der Rechnungshof dann zu einem alarmierenden Ergebnis: Die Firma sei mindestens zwei volle Jahre im Verzug. Komplizierte Verwaltungsstrukturen, mangelnde Personalunterstützung „und das sich abzeichnende deutliche Überschreiten des ursprünglichen Kostenrahmens deuten nach den Prüfungserfahrungen des Bundesrechnungshofes auf ein hohes Abbruchrisiko des IT-Projektes hin“, hatten die Rechnungsprüfer formuliert. Die vielfältigen Entscheidungsstrukturen müssten dringend auf wenige Träger beschränkt werden.

Kritik an Landesregierung

Während das Scheitern des Fiscus-Projektes bislang unter den Politikern kaum öffentliche Reaktionen hervorgerufen hat, kritisierte der Bonner SPD-Bundestagsabgeordnete Ulrich Kelber nun die NRW-Landesregierung als Teilhaber an der Fiscus-GmbH. Das Land habe sich nicht einmal an den Verhandlungen um eine Auffanggesellschaft beteiligt und die 100 in Bonn ansässigen Fiscus-Mitarbeiter ihrem Schicksal überlassen.

Der Präsident des Bundesrechnungshofes, Dieter Engels, hatte jüngst den „Eigensinn“ der Bundesländer kritisiert und angemerkt, dass gar durch unterschiedliche Verfahren der Steuerverwaltungen die Steuergerechtigkeit im Lande in Gefahr sei. Als Beispiel führte Engels an, dass es den Ländern nicht einmal gelungen sei, eine einheitliche Software für die Steuerverwaltung zu entwickeln. Dass allerdings die Länder das Projekt Fiscus absichtlich haben scheitern lassen, dafür gäbe es keinen Hinweis, erklärte gestern ein Sprecher des Bundesrechnungshofes.

(KStA)

<http://www.ksta.de/artikel.jsp?id=1125645199385>



Den Kölner Stadt-Anzeiger jetzt online abonnieren!

Copyright 2002 Kölner Stadt-Anzeiger. Alle Rechte vorbehalten.